



Straßenverkehr in Ho-Tschi-minh-Stadt

ENTWICKLUNGSHILFE

Kredit für Siemens?

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), SPD-Entwicklungspolitiker und Haushalter der Großen Koalition streiten über deutsche Hilfe für den Bau einer U-Bahn in Ho-Tschi-minh-Stadt. Die Firma Siemens will das rund eine Milliarde Euro schwere Projekt in der früheren südvietnamesischen Hauptstadt Saigon realisieren und erwartet von der Bundesregierung 87 Mil-

lionen Euro an finanzieller Kredithilfe. Das BMZ sowie SPD-Entwicklungspolitiker lehnen dies ab. Sie begründen das mit dem zuletzt strapazierten Image von Siemens und dem internen Beschluss, sich aus Verkehrsprojekten in Vietnam zurückzuziehen. Dagegen sagt die für Entwicklungshilfe zuständige SPD-Haushalterin Iris Hoffmann: „Ein nationales Interesse bei der Entwicklungspolitik ist nichts Ehrenrühriges.“ Unterstützt wird sie von den Entwicklungsexperten und Haushaltern der CDU/CSU. Unionsmann Jürgen Klimke: „Das ist eine Win-win-Situation, die auch unseren Arbeitsplätzen zugutekommt.“ Eingeschaltet ist mittlerweile auch die Kanzlerin. Nachdem sie den Siemens-Vorstand in einem Schreiben gebeten hatte, die Finanzierung „in signifikantem Maße stärker auf eine für private Kreditgeber ausgerichtete Basis zu stellen“, senkte der Konzern seine Anfrage ab – von 100 auf nun 87 Millionen Euro.

KOALITION

Pflege ohne Prämie

Bei den laufenden Verhandlungen über die Reform der Pflegeversicherung ist die Union bereit, auf eine ihrer zentralen Forderungen zu verzichten. Sollte die SPD ihrerseits Zugeständnisse machen, werde die Union ihr Drängen nach einer kleinen Kopfprämie in der sozialen Pflegeversicherung aufgeben, heißt es aus der Union. Diese Linie werde nicht nur von Kanzlerin Angela Merkel mitgetragen, sondern auch von den Ministerpräsidenten Hessens und Niedersachsens, Roland Koch und Christian Wulff. Beide verspürten wenig Neigung, ihre anstehenden Landtagswahlkämpfe mit einer Debatte über eine Kopfprämie in der Pflegeversicherung zu belasten. Im Gegenzug verlangt die Union von der SPD einen Verzicht auf die Forderung, dass die Privatkassen künftig pro Jahr fast eine Milliarde Euro für den geplanten Finanzausgleich mit der sozialen Pflegeversicherung zahlen sollen. Derzeit verhandeln Verbraucherschutzminister Horst Seehofer (CSU), Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) über eine Neugestaltung der Pflegeversicherung. Bislang hatten Teile der Union verlangt, eine Pauschale von mindestens sechs Euro pro Monat zur Einrichtung eines privaten Kapitalstocks neben der gesetzlichen Pflegeversicherung zu erheben.



Krippenkinder, Erzieherin (in Freiburg)

BETREUUNG

Mehr Erzieherinnen

Für den von Bund und Ländern beschlossenen Ausbau der Kinderbetreuung müssen nach Einschätzung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) rund 100 000 neue Jobs geschaffen werden. Dabei gehe es je zur Hälfte um zusätzliche Erzieherstellen sowie um Tagesmütter, sagte DJI-Leiter Thomas Rauschenbach. Er fordert zugleich, den geplanten Ausbau der Kinderbetreuung zu einer Reform der Ausbildung von Erzieherinnen zu nutzen: „Die ersten Lebensjahre der Kinder müssen viel stärker als bisher als Bildungsjahre ernst genommen werden.“ Heute sei die Ausbildungsdauer kaum kürzer als ein Studium, doch Ansehen und Bezahlung seien weit geringer als etwa bei Lehrern. Dies sei wohl auch ein Grund dafür, dass nur die Hälfte der ausgebildeten Erzieherinnen in ihrem Beruf arbeiten würden.